

Jede Bureauführung gerade zum Notwendigen...

Darauf folgenden: Es bestehen miltlerweile...

Für die Verwaltung der Niederlandgew...

Ferner steht Herr v. Unger von seiner 8000...

D. Herr v. Unger sagt: Danach trägt der Preis die bisherigen...

Eine Erklärung hierzu habe ich schon vor...

der Kreisverwaltung derartige Vergünstigungen...

Endlich hat der Kreisrat, und zwar auf den...

Ruch diesen Punkt seiner Erklärungen habe ich...

Herr v. Unger schließt seine Erwiderung mit...

Wenn ich diese von allen Vertretern der Kreis...

Hierzu ist es mir nicht zweifelhaft, das eine...

Diese Seite des Herrn v. Unger wird mit Recht...

Die Abgabe der Kreisverwaltung derartige Vergünstigungen...

Wahlvorgängen, des verstorbenen Landrats...

Nach alledem muß ich, und mit mir jeder ein...

Daher ist nochmals bei der Staatsregierung die...

Odra, den 24. Juni 1919.

Kreuzer Dr. W.

Vollschweifische Pläne.

In einer Vollversammlung des Wiener Kreis...

Nationalversammlung.

42. Sitzung, 24. Juni, 10 Uhr vormittags.

Am Regierungstisch: Bauer, Dr. David, Müller...

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine...

Eine allgemeine Erhöhung der Zulagen ist...

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anträge...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Politisches.

In den Vorgängen in Estland...

Bringt das „Eisenbahndienstblatt“ eine wesentlich...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Hierauf verlegt sich das Haus bis Dienstag, den...

Die Abg. Jäder (Soz.) und Brühl (N. Soz.)...

Generaldirektor des Bundes, Funk, veröffentlicht...

Auch in dem amtlichen Bericht über das Ver...

In Eisenbahnerkreisen wird das Gerücht ver...

Die seit der Revolution in den Vordergrund...

Ein weiterer Beschluß zu den Betriebsräten oder...

Die „Welt am Montag“ schreibt: „Uns wird ein...

Auscheiden aus dem Militärdienst.

Das Kriegsministerium veröffentlicht einen Erlaß...

1. Sämtliche preussischen Generale können vom...

Das ist alles, was ich gefunden habe,“ sagte er...

„Guten Abend, liebe Frau,“ sagte er.

„Sie sind jetzt vor Ihrem Hause; Ihre Beine irru...

Niemand hatte sich von seinem Platte gerührt...

Man hatte begriffen; es war unanständig, sich noch...

Als Etienne wieder erwachte, brachte er in einem...

„Das ist alles, was ich gefunden habe,“ sagte er...

„Guten Abend, liebe Frau,“ sagte er.

„Sie sind jetzt vor Ihrem Hause; Ihre Beine irru...

Niemand hatte sich von seinem Platte gerührt...

Man hatte begriffen; es war unanständig, sich noch...

Als Etienne wieder erwachte, brachte er in einem...

„Das ist alles, was ich gefunden habe,“ sagte er...

Mermaid.

Roman von Emile Zola.

„Guten Abend, liebe Frau,“ sagte er. Sie sind jetzt vor Ihrem Hause; Ihre Beine irru...

„Schnau, du bist?“ rief die Pierron, eine leb...

Und ohne sie zu Wort kommen zu lassen, zeigte...

„Es geht ihm schlecht,“ sagte sie. „Es geht ihm...

Pierron sah in der Tat fest und gesund aus und...

Die Mutter ist nach Roubaix gegangen, um ein...

Das ist unterbrochen. Sie war den Blicken...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

„Schnau, du bist?“ rief die Pierron, eine leb...

Und ohne sie zu Wort kommen zu lassen, zeigte...

„Es geht ihm schlecht,“ sagte sie. „Es geht ihm...

Pierron sah in der Tat fest und gesund aus und...

Die Mutter ist nach Roubaix gegangen, um ein...

Das ist unterbrochen. Sie war den Blicken...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

„Schnau, du bist?“ rief die Pierron, eine leb...

Und ohne sie zu Wort kommen zu lassen, zeigte...

„Es geht ihm schlecht,“ sagte sie. „Es geht ihm...

Pierron sah in der Tat fest und gesund aus und...

Die Mutter ist nach Roubaix gegangen, um ein...

Das ist unterbrochen. Sie war den Blicken...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Pierron hatte die Nacht sich herabgelassen; der...

„Gute Nacht!“ sagte sie plötzlich.

Die „Volkswacht“

muss von unsern Abonnenten rechtzeitig erneuert werden, damit in der Zustellung für den Monat Juli keine Unterbrechung eintritt.

Der Preis beträgt nur 1.74 M. für den Monat Juli, für das 2. Vierteljahr 5.22 M. einschließlich Postgebühren.

weitere Formalitäten beantragen. Dieses Recht läuft am 28. Juli ab. Die Entscheidung über die Genehmigung hängt von der Minderheit des Landes ab.

Da dieser Weg für die Gesamtheit der Offiziere, Sanitätsbeamten, Veterinärbeamten und Beamten nicht durchführbar ist, muss es für diese, ebenso wie für die Unteroffiziere und Freiwilligen, bei dem bisherigen Dienstwege bleiben. Jedoch können die Wege im Verabreichung in allerhöchster Form eingereicht werden.

Alle Versorgungsansprüche bleiben unberührt bestehen.

Gegen die Auslieferung des Exalters soll nach einem Telegramm aus Amsterdam nicht nur die holländische Regierung, sondern auch alle Parteien, einschließlich der Sozialisten, sein. Die Auslieferung sei eine Verletzung des Völkerrechts.

Die Polen haben die Stadt Birnbaum noch einer Melbung des Kreispolizeipräsidenten ohne jeden Grund mit schwerem Geschütz beschossen. Bei der Besetzung ist ein Bauer mit einer Kuh von einer polnischen Bande entführt worden, worüber die Bevölkerung beunruhigt ist.

Oberpräsident v. Bartsch hat um Entbindung von seinem Amte nachgesucht. Er will die Geschäfte bis zur Übernahme durch den Amtsnachfolger führen.

Die Staatsbeamten, die vor einiger Zeit erwählten Staatsministerbestimmungen über die Zukunft der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten sowie der Lehrer in den gefährdeten Grenzgebieten unterliegen zurzeit einer Neubekanntmachung und werden mit nicht unerheblichen Erweiterungen, namentlich zugunsten der mittelbaren Staatsbeamten, in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Admiral v. Reuter ist heute nach Varel Hill. Der in der Nähe von Ostviken gebracht worden, wo er unter Arrest bleibt. 1800 andere deutsche Marineoffiziere und Mannschaften von Scapa Flow wurden nach dem nahegelegenen Lager gebracht.

An Demonstrationen anlässlich der Entdeckung von Lebensmittelfälschungen kam es am Dienstagabend in Hamburg. Die angemessene Menge wurde in das Rathaus zu bringen. Derbeigeleitete Versärfungen der Sicherheitsmannschaften wurden angehten und zu entwaffnen versucht. Daraufhin wurde scharf geschossen. Es gab eine Anzahl Toter und Schwerverletzte. Von der Kommandantur Groß-Hamburg ist der Belagerungszustand über die Städte Hamburg, Altona und Wandsbek verhängt worden.

Parteinachrichten.

Der Tertium beim Sozialisten. Eine komische Parteilagszene beglückte auf dem Weimarer Parteilag den tiefen Zusammenbruch Wiffel-Schmidt. Die „organisierte Opposition“, die aus anderthalb Dutzend junger Akademiker bestand, hatte sich auch für ein Göttinger Aktionsprogramm erwärmt, das mit der Forderung begann, mindestens Wiffel, Schmidt und Koste müßten sofort zurücktreten. Als nun beim Fraktionsbericht Wiffel seine große Sozialisierungsrede gehalten hatte, erhob sich der Antragsteller, der Göttinger Privatdozent Dr. Grelle, und bat, den Namen Wiffel, der nur verlesen ist, auf diese Liste der Todeskandidaten geraten zu lassen, wieder zu streichen. Offenbar hätte der junge Göttinger Wiffel nach einigen Notizen in der unabhängigen Presse berichtet und fand ihn persönlich ganz anders, als er dort dargestellt war. Aber wünschenswert wäre es doch, wenn der Eifer, mit dem man schuldige Genossen zur Parteiquillette schleppt, nicht größer wäre als die Kenntnis der Personen und Dinge, die von dem Urteil betroffen werden. Der Parteilag nahm jedenfalls Grelles Nichtigstellung mit bestem Spott auf.

Genossenschaftliches.

Erstreckliche Fortschritte. Die Zahl der Millionenvereine wird in diesem Jahre bei halbwegs normaler Entwicklung der Dinge voraussichtlich ganz erheblich anwachsen. Eine ganze Anzahl Vereine erzielt gegenwärtig bereits Monatsumsätze von mehr als eine Million Mark. Wir nennen z. B. Magdeburg (März 1.496.102 Mark), Chemnitz (April 1.176.020 Mark), Barmen (April 1.249.839 Mark).

Volkswirtschaftliches.

Verhinderung der Kapitalabwanderung. Die Ausfuhr der Banken bezieht sich nicht nur auf Wertpapiere, sondern auch auf Deposits in jeder Form, Tresors, Bargeld usw. Zunächst wird in den bedrohten Gebieten von dieser gefährlichen Ermächtigung Gebrauch gemacht werden, um Abwanderung des deutschen Kapitals in das Ausland zu verhindern.

Kommunales.

Reischnof in Berlin. Die Reischnof, die gegenwärtig in Berlin herrscht und geradezu katastrophale Folgen zeitigte, hat der Berliner Magistrat veranlaßt, an das Reichsministerium zu Händen Seidenwanz ein Telegramm zu richten, in dem es heißt: „Groß-Berlin ist zurzeit von infamem Frischfleisch vollständig entblüht, weil die Zufuhr von Vieh nach und nach ganz aufhört. Statt dessen werden wir täglich auf das ausländische Geflügelgeschäft verwiesen, das mit 11 Mark drei- bis viermal teurer ist als das heimische Fleisch. Dieser Zustand ist wegen der Preissteigerung für Kartoffeln und Milch für die Masse der großstädtischen Bevölkerung vollständig unhaltbar. Nach Beratung mit den Groß-Berliner Arbeiterkommissionen bitten wir, Herrschaftliche Wege nachzugehen, um die gefährlichste gesundheitliche Missetatung von Vieh wieder in Gang zu setzen.“

Eine Kundgebung der östlichen Oberpräsidenten.

An die Deutschen in Ostpreußen, Westpreußen und Posen!

Nationalversammlung und Reichsregierung haben sich zu unserem tiefsten Schmerz für bedingungslose Annahme der Forderungen der Feinde entschieden. Große und blühende Gebiete der deutschen Ostmark sind der polnischen Herrschaft auszuliefern; über andere wollen die Feinde später Entscheidung treffen nach einer Abstimmung, auf deren „ethische, freie und geheime“ Durchführung wir keinen Einfluss haben.

Hunderttausende von Deutschen der Ostmark haben den glühenden Wunsch, ihr Recht auf ihr deutsches Vaterland mit der Waffe zu verteidigen. Stünde die Ostmark allein, so wäre das der geeignete Weg, Selbstbestimmung und Ehre zu wahren. Wir dürfen aber die Regierung an der Entscheidung des einmal den Feinden gegebenen

Wortes nicht hindern. Die Minderheit auf unsere Volksgenossen im Reich, die die Folgen solchen Vorgehens mit zu tragen hätten, legt uns die schwere Pflicht auf, dem Kampfe zu entsagen und uns der getroffenen Entscheidung zu fügen.

Auch die Fremdherrschaft und der uns auferzwungene Friedensvertrag können niemals unsere Deutschheit und den Glauben an unsere Zukunft vernichten.

- v. Bartsch, Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.
- Schnackenburg, Oberpräsident der Provinz Westpreußen.
- v. Bülow, Regierungspräsident, als stellv. Oberpräsident der Provinz Posen.

Ein Zusammenbruch der Berliner Milchversorgung ist eingetreten. Mit altem großer Geduld haben die verantwortlichen Behörden tatlos zugehört, wie unter den Augen ihrer Kontrollorgane die Milch entweder im Schleißhandel vertrieben oder heimlich verbuttert wurde. Es gab in Berlin einen förmlichen Überfluß an Butter, wenn 80—85 Mark für das Pfund bezahlt wurden. Unterdessen mußte nahezu jede Woche die Milchration der Säuglinge und Kranken gekürzt werden. Jetzt sehen sich die Groß-Berliner Gemeinden gezwungen, in Konkurrenz mit den Schleißhändlern zu treten, indem sie den ohnehin bereits außerordentlich hohen Preis von 55 Pfg. auf 80 Pfg. pro Liter erhöhen, um durch dieses sehr hohe Preisniveau den künftigen Milchbedarf an Milch decken zu können. — Wirklich traurige Zustände, an denen die nimmersatten Agrarier die Hauptrolle tragen.

Aus aller Welt.

Böse Folgen der Eifersucht. In dem Dorfe Meudt im Westerwald kam es zwischen einheimischen jungen Burken und amerikanischen Soldaten, die jungen Mädchen nachstellten, zu einer großen Schlägerei. Zwei amerikanische Soldaten wurden tödlich, drei andere schwer verletzt. Die Täter entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht ins unbesetzte Gebiet. Der Gemeinde Meudt wurde eine Geldbuße von 20000 Mark wegen dieser Vorkommnisse auferlegt.

Aus den Ostprovinzen.

Der Staatsanwalt als Ehrenretter. ... den 14. 12. 1918.

Sehr geehrter Herr Scheunemann! Mein Mann erzählte mir, daß Sie Mittwoch nach Schlochau kommen. Darf ich Sie nochmals an das Kartoffelmehl erinnern? Wenn ich auch nur ein wenig Mehl bekommen kann zur Mehlmahlbäckerei. Wir haben sonst nur das grobe Roggenmehl und mit etwas Kartoffelmehl damit machen würde es einen herrlichen Weisbrot machen geben. Sie sind immer so lebenswichtig gewesen, uns zu helfen, doch ist es mir eigentlich unangenehm, schon wieder zu bitten.

Hoffend, daß es Ihnen und den lieben Ihrigen gut geht, mit vielen Grüßen von Hans zu Hans Ihre sehr ergebene

H. von Nach.

Dieser Brief der Ehegattin des Landrats des Kreises Schlochau an den Herrn Rittersgutsbesitzer Scheunemann bildete die Grundlage eines Verteidigungsprozesses gegen den Vorsitzenden des Arbeiter- und Bauernrates, den demokratischen Taubstummenlehrer Bardmann aus Schlochau vor der Strafkammer in Königsberg.

In die Hände des Adressaten ist dieser Brief nicht gekommen, sondern in einer Sitzung des Arbeiterrates dem Vorsitzenden geöffnet und gelesen. Der Brief ist in zwei Exemplaren verlesen. Der Landrat stellte Strafantrag wegen Verletzung des Briefgeheimnisses, da er der Meinung war, daß er nur auf unrichtige Art und Weise in die Hände des Bardmann gekommen sei.

Nach einem Verfahren gegen Unbekannt, in dem sämtliche Zeugen eintreten vernommen wurden, mußte der Staatsanwalt das Verfahren gegen Bardmann einstellen, er gab aber dem Landrat anheim, Strafantrag gegen Bardmann wegen öffentlicher Verleumdung zu stellen. Dieses geschah.

Rückblick stand nun vor der Strafkammer Termin an, zu dem nicht mehr wie 20 Zeugen vom Staatsanwalt geladen waren. Die Zeugen der Verteidigung wurden abgehört. Die Verhandlung, die von vormittags 11 Uhr bis in die späten Nachmittagsstunden dauerte, war mitunter recht hitzig. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Verteidiger und dem Staatsanwalt. An der Verhandlung nahm als Vertreter des Reichsministeriums der Genosse Leu vom Volkswirtschaftsamt teil. Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil in der Verlesung des Briefes in der geschlossenen Arbeiterparität keine strafbare Handlung erblickt werden konnte. Die Verlesung des Briefes in der darauffolgenden öffentlichen Versammlung wurde dem Angeklagten zugute gehalten, da er sich der Redizität seines Tuns nichts bewußt war. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Interessant bei diesem Prozeß ist außerdem die Handlungsweise des Verhandlungsleiters gegenüber den Zeugen. Nachdem der Landrat als solcher vernommen war, sagte er zu demselben: „Darf ich bitten, Platz zu nehmen?“ Den anderen Zeugen gegenüber hieß es nach deren Ernennung: „Setzen Sie sich!“

Lokales.

An die Bevölkerung Westpreußens!

Der Oberpräsident teilt amtlich mit: Der Abschluß des Friedensvertrages hat unmitelbare Folgen für die Bevölkerung hervorgerufen. Eine Darstellung der für sie wichtigsten Fragen wird von den zuständigen Behörden zurzeit bearbeitet und demnächst veröffentlicht werden. Die Punkte, die in der Fassung des Vertrages unklar sind, bedürfen zu ihrer Aufklärung erst noch weiterer Vereinbarungen.

Der Friedensvertrag tritt außerdem erst nach Erfüllung verschiedener Formalitäten, die Zeit beanspruchen, in Kraft. Einwilligen sorgt jeder am besten für sich, indem er in seinem Wohnorte verbleibt und seinem Berufe wie bisher nachgeht.

Sämtliche Behörden bleiben nach wie vor auf ihrem Posten und in ihrem Amte; ebenso die Truppen, die auch weiterhin für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen haben.

Zum Freistaat

nahm gestern Oberbürgermeister Sahn Stellung. In das wüthende Geschrei lautiester Bekanntheit, die in weitausgehender Weise das westpreussische Volk zu zweifelhafte Bewaffneten Widerstand aufzurufen versuchten, die verächtlich ist die Worte deutsch und national gebrauchen, fallen die besonnenen, klaren Worte unseres Oberbürgermeisters herab, die in der zukunftsbahn, erregte Danziger Bevölkerung, der den Stadtverordneten folgendes erklärte:

Nach Monaten sorgenvoller Ungewißheit steht heute die Stadt Danzig der Entscheidung über ihre politische Zukunft als vollaegener Tatsache gegenüber; die Bevölkerung muß von der bestehenden ordnungsmäßigen Vertretung der Stadt erwarten, daß sie in öffentlicher Sitzung zu dem schwereren Schicksalsschlag Stellung nimmt und ihre Auffassung von der Gestaltung der nächsten Zukunft öffentlich kundgibt. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Magistrats habe ich folgendes hier mitzuteilen:

Für den Fall, daß die Friedensbedingungen von der Regierung des Deutschen Reiches unterzeichnet worden sein werden, wird die Stadt Danzig als Freistaat mit dem ihr zugewiesenen Gebiet vom alten Mutterlande getrennt werden. Wir, die wir immer die Treue zu unserem geliebten Vaterlande laut und aufrichtig betont haben, müssen uns trauernd dieser Entscheidung fügen. Hoffnung und Wille, unversehrt das Deutschtum dieser schönen alten Stadt zu erhalten, bleiben in unserer aller Herzen bestehen. Wir sind deutsch und wollen immerdar deutsch bleiben. (Die Versammlung erhebt sich einstimmig von den Sitzen und hört das weitere bis zum Schluß stehend an.) Und gerade, weil wir die Treue zum Deutschtum allem Fortigen vorantreiben, wollen wir in Alt-Danziger Mut und Entschlossenheit, aber auch mit Besonnenheit, an den Aufbau des neuen Staatswesens herantreten. Wir wollen uns aber nicht über vom Deutschen Reich trennen, als es unbedingt nötig ist. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Freistadt ist durch die Friedensbedingungen festzulegen. Danach muß der Friedensvertrag ratifiziert werden und ein erstes Protokoll über die Abfertigung der Ratifikationsurkunde wird angesetzt werden, sobald der Vertrag durch Deutschland einerseits und durch drei der handwärtlichen alliierten Mächte andererseits ratifiziert sein wird. Vom Anuecheln der Aufstellung dieses ersten Protokolls wird der Vertrag in Kraft treten und damit nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die Freistadt als entstandene anzusehen sein. Wir müssen uns vorbereiten, im gegebenen Moment die erforderlichen Erklärungen, die hiermit im Zusammenhang notwendig werden, abzugeben. Ob noch eine formale Uebereabe an den Völkerverbund erforderlich sein wird, wie aus einer kürzlich veröffentlichten Pressenotiz hervorgeht, scheint, ist noch ungewiß, da eine amtliche Nachricht darüber noch nicht hierher gelangt ist. Wir seien das unbedingt zu erwarten, daß die Freistadt als ein selbständiges Mitglied der Völkerverbund sein wird, das sich zum Inkrafttreten des neuen Staatswesens Sonderaktionen inangewandter Art vornehmen werden müssen. Wir vertrauen aber auch auf die ausdrückliche Erklärung der Entente, daß die freie Stadt Danzig autonom sein und in keinerlei Form an Polen gehören werde. (Bravo!)

Schon jetzt hält es der Magistrat für richtig, seine grundsätzliche Stellungnahme zu der Verfassung der Freistadt kundzugeben. Nach Art. 103 der Friedensbedingungen wird die Verfassung im Einklang mit einem Dekret des Reichspräsidenten von den ordnungsgemäß bestellten Vertretern der freien Stadt aufgearbeitet. Wir sind einstimmig der Uebereinstimmung, daß als ordnungsgemäß bestellte Vertreter der freien Stadt der Magistrat der Stadt Danzig anzusehen ist. (Der Magistrat, auch Stadtratspräsidenten-Kollegium!) Wir wollen bei der künftigen Beratung der Verfassung jedoch nicht entbehren der Mitarbeit der Bevölkerung, die bisher im Magistrat nicht vertreten gewesen sind, d. h. der Arbeiterschaft. Um die Möglichkeit hierfür zu schaffen, haben wir heute bei der Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, die Zahl der unbesetzten Magistratsstellen auf vier zu erhöhen und die Zahl der Arbeiterschaft auf fünf zu vermindern und zugleich dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Besetzung der neuen drei Stellen aus dem Kreise der Arbeiterschaft vorgenommen werden möge. Wir beabsichtigen ferner, bei der Ausarbeitung der Verfassung einen Ausschuss aus der Arbeiterschaft zu stellen, der aus Mitgliedern aller politischen Parteien zusammen-

mensetzt ist. Schon heute erklärt hiermit der Magistrat förmlich und feierlich, daß er es bei der Beratung über die Verfassung als seine vornehmste Aufgabe betrachten wird, dafür zu sorgen, daß die Verfassung auf Grundlage der demokratischen Grundzüge aufgestellt wird und daß das Wahlrecht allgemein und gleich und geheim für Männer und Frauen, nach dem Grundsatze der Verhältniswahl gestaltet wird. (Bravo!) Wir richten an alle Kreise der Bevölkerung die eindringlichste und heraliche Bitte, uns durch Ruhe und Besonnenheit in der Erfüllung unserer schweren Pflicht zu unterstützen. (Bravo!)

Das ist, in großen Augen angebetet, der Weg, den wir zu gehen haben. Ruhe und harte Arbeit wird der Freistadt Danzig vorfinden und die Danziger Arbeiterschaft wird gerne dem Ruf, zur Mitarbeit am Aufbau des Freistaates folgen.

Feststellungsausschüsse.

In Ausführung eines Erlasses des Reichernährungsministers hat der Staatskommissar für Volksernährung die Behörden angewiesen, zur besseren Erfassung der Lebensmittel-Feststellungsausschüsse zu bilden. Auch der Danziger Magistrat ist nun an diese Arbeit gegangen. In dem Erlass des Staatskommissars wird darauf hingewiesen, daß in den letzten Monaten die Abfertigung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch weiter zurückgegangen sei. Gleichzeitig hat die Schleißhandelsversorgung eine Ausdehnung angenommen, die die allgemeine Versorgung ernstlich gefährdet. Schwierigkeiten und Störungen in der Erfassung der Erzeugnisse infolge der inneren Unruhen, ein Nachlassen in der Abfertigung vor Recht und Gesetz, die Abfertigung der aus dem Felde zurückgeführten Kriegsteilnehmer, sich den neu an sie herantretenden beengenden Vorschriften der öffentlichen Lebensmittelbewirtschaftung zu fügen, eigenmächtige Eingriffe in die behördlichen Anordnungen behindern und erschweren die Arbeit der Behörden. Auf der anderen Seite hat aber auch bei den Behörden und ihren Organen selbst in der Beurteilung und Verfolgung gesetzlicher Handlungen gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung vielfach eine laxere Auffassung und ein bedenkliches Verhalten der Dinge Platz gegriffen. Es wird weiter gesagt, daß die bestehenden Vorschriften ausreichen, nur müßten sie mit dem nötigen Nachdruck durchgeführt werden. Zu diesem Zweck sollen die Behörden die Mitwirkung der Verbraucher, insbesonders aus der wertvollen Bevölkerung, in größerem Umfang in Anspruch nehmen. Es sollen von den Feststellungsausschüssen Feststellungskommissionen gebildet werden, denen auch städtische Verbraucher angehören. Diese Kommissionen sollen auf dem Lande Stichproben vornehmen. Ferner sollen die Polizeibehörden durch Hilfsorgane verstärkt werden, die auf Marktplätzen, Märkten, bei Händlern und in Geschäftsbetrieben die Spuren von Schleißhandelsgeschäften nachgehen. Auch hierbei soll die Mitwirkung der Verbraucher in Anspruch genommen werden.

Der Vollzugsausschuss wählt gestern Ernst und Kunze in den Feststellungsausschuss.

Die Angestellten der Staatsbetriebe.

Die Angestelltenauschüsse der Staats- und Reichsbahnen bzw. Betriebe hatten gestern eine Versammlung, in der sie sich mit dem Uebergang in den Freistaat beschäftigten. Die Angestellten sind auf Privatdienstverträge angestellt und diese Verträge sind ganz verjährungslos. Die einen haben eine vierjährige Kündigung, die anderen eine solche von 6 und 2 Wochen bis zu einem Tage. Sie haben nun den Wunsch, daß allen Angestellten gleichmäßig nach ihrer etwaigen Entlassung ein vierjähriges Vertragsverhältnis gegeben wird. Das soll derart gegeben sein, daß eine vierjährige Vertragsdauer während der Monatszahlungen solange weiter laufen, wie die Beschäftigung dauert. Ferner will man, daß die Danziger Betriebe des Reichs und des Staates nicht eingehen, sondern weitergeführt und rentabel gemacht werden, damit alle Angestellten weiter beschäftigt werden können. Weiter will man u. a. auch nach Deutschland übernommen werden und die Umzugskosten erhalten. Bei den Angestellten will man mit den Beamten gleichmäßig berücksichtigt werden. Auch die Angestellten hätten dem Vaterlande die Treue gehalten. Ihre Bezahlung sei nicht herabgesetzt worden, daß sie sich Geld sparen konnten. Nach einer Verfügung des Ministers soll für die Beamten und Angestellten in den abzutretenden Gebieten gesorgt werden. Von der Gewerfabrik war eine Kommission in Berlin und der Bericht war recht hervorragend. Man erkundigte sich in der verschiedenen Ministerien nach dem Bericht, daß die Danziger Betriebe verkauft werden sollen. Die Möglichkeit dieser Verträge wird jetzt bekanntlich von Berlin aus befragt. Das geschah auch in Berlin. In der Mitteilung des Schatzministeriums jedoch wurde angegeben, daß man die Betriebe verkaufen wolle. Man wählte eine Kommission, welche die Verhandlungen in Berlin vertreten soll.

Aufhebung sozialer Gesetze durch den Schlichtungsausschuss.

Die im Deutschen Buchhändlerverband organisierten Angestellten der Buchhändler- und Kartographenfabriken hatten durch ihren Vertreter Bruckmann die Prinzipalen Vorschläge überreichen lassen. Eine Innungsverammlung wurde am 24. Juni abgehalten. Von den 24 Mitgliedern, die auf anderem Wege einen Tarifvertrag erlangt, wurde der Schlichtungsausschuss angewiesen, dessen Leiter Herr Dr. Rodatz die Innereinnehmer zum 24. Juni geladen hatte.

Ueber den Verlauf berichtete Bezirksleiter Bruckmann in der stark besuchten Abendversammlung im „Kaffeehaus“.

Die Arbeitgeber machten Gegenanträge und Anträge für Gehältern Wochenlohn 25 M., Feuerungszulage 125 Proz., zusammen 56,25 M., für Ältere Gehältern Wochenlohn 30 M., Feuerungszulage 125 Proz., zusammen 67,50 M., Arbeiterinnen Wochenlohn 6 M., Feuerungszulage 125 Proz., zusammen 13,50 M., arbeitslose Arbeiterinnen Wochenlohn 10 M., Feuerungszulage 125 Proz., zusammen 22,50 M., Ferien: nach 1 Jahr 8, 2 Jahren 6 Tage.

Zum Verhandeln kam es nicht, denn ein Tarifvertrag ergab Bedenken über die Zulänglichkeit des Schlichtungsausschusses, der sich auch, entgegen dem

Weiße Zähne

erhalten Sie
mühen sich
nicht, schon
jetzt, wenn
Sie noch
Zeit haben,
zu handeln,
um Ihre
Zähne
weiß zu
halten.

Zehnparte Zahnpasta. Vorzügliches Vorbereitungsmittel für
Bürstung und Reinigung durch die Mundhöhle. Überall zu haben.

